

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 54 (1975)
Heft: 4

Artikel: Gemeindeautonomie und Expressstrassenbau
Autor: Näf, Albert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339011>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommunalpolitisches Forum

Gemeindeautonomie und Expressstrassenbau

Es braucht wohl nicht besonders ausgeführt zu werden, dass die Gemeindeautonomie in einem demokratisch aufgebauten Staatswesen eine tragende Säule darstellt. Die Diskussion um den Expressstrassenbau zeigt aber, dass die Gemeindeautonomie immer mehr abgewertet wird.

Das Nationalstrassenprojekt auf dem Gebiete der Stadt Zürich ist ein schlagendes Beispiel dafür. Werfen wir zunächst einen Blick auf die massgebende Gesetzgebung: Gemäss Art. 19 des Bundesgesetzes über den Nationalstrassenbau unterbreitet das Eidgenössische Amt für Strassen- und Flussbau die generellen Projekte den interessierten Kantonen, Gemeinden und Grundeigentümern zur Vernehmlassung. Bei der Beratung dieses Gesetzes äusserte sich der damalige Bundesrat Tschudi dahin, dass die Städte ihr Mitspracherecht geltend machen könnten. Später hat der genannte Magistrat wiederholt versichert, dass beim Bau von Nationalstrassen über den Willen des Gemeindevolkes oder des kantonalen Souveräns nicht hinweggeschritten werden dürfe.

Nun haben aber am 22. September 1974 die Stimmberechtigten der Stadt Zürich mit 52 855 Nein gegen 42 737 Ja die betreffende Expressstrasse abgelehnt. Das Resultat wäre noch deutlicher ausgefallen, wenn die Initiative nicht belastet gewesen wäre mit dem Hinweis, dass dank der eingesparten Gelder die geplante Südumfahrung umweltfreundlicher gestaltet werden könne. (Die Befürworter des Ypsilons nutzten diesen Fehler geschickt aus, weil sie wussten, dass die Mehrheit der Stimmberechtigten der Stadt Zürich weder Seetunnel noch Südumfahrung wollen.) Die Gründe für die ablehnende Haltung liegen auf der Hand: Der Schutz des Menschen und seiner natürlichen Umwelt veranlasste die Mehrheit der Stimmberechtigten gegen das Projekt der Expressstrasse zu votieren. Massgebend also war die Überzeugung, dass die Verbesserung der Lebensqualität kein blosses Wort bleiben solle. Die Stadtluft ist heute schon weit über die Toleranzgrenze hinaus verschmutzt. Naherholungsgebiete, wie der Sihlraum, wurden durch die Sihlhochstrasse für immer zerstört.

Trotz der eindeutigen Willenskundgebung des städtischen Souveräns hielten Bundesrat und Regierungsrat des Kantons Zürich an dem Expressstrassenprojekt fest. Wie lässt sich dies noch mit der Gemeindeautonomie vereinbaren? Der Bundesrat hat auch hier eine Antwort gefunden. In seiner Stellungnahme zur Interpellation Widmer führte er aus: «Das Express-Strassen-Y in Zürich ist nicht eine blosser Angelegenheit der Stadt, sondern auch eine solche der Region, des Kantons und des Bundes. Ein Verkehrserzeuger in der Grösse und Bedeutung der Stadt Zürich hat billigerweise eine eigene Leistung zur Bewältigung dieses Verkehrs zu erbringen und die

Region wie auch der Kanton sind daran interessiert, in welcher Weise die Stadt Zürich ihre inneren Verkehrsprobleme löst.»

Diese Argumentation bedeutet aber nichts anderes als ein weiterer Schritt zur völligen Aushöhlung der Gemeindeautonomie. Dass selbst Exponenten von Gemeinden wie Stadtpräsident Widmer die Axt an die Gemeindeautonomie legen, sollte dem Gemeindevolk zu denken geben.

Albert Näf

Blick in die Zeitschriften

Die Tragödie des kurdischen Volkes

Je länger ein Morden anhält, um so weniger wird dies von der Presse und somit von der Weltöffentlichkeit zur Kenntnis genommen. Dies ist eine Tatsache, die sich an vielen Beispielen erhärten liesse. So kann eine einzelne bekannte Persönlichkeit, der irgendwo in der Welt Unrecht geschieht, viel eher mit der Anteilnahme und der Sympathie seiner Mitmenschen rechnen als ganze Volksgruppen, die beispielsweise in der unglücklichen Lage sind, eine Minderheit in einem Staat zu bilden und daher von der herrschenden Macht drangsaliert oder gar zu Tausenden ermordet werden. Dies beweist einmal mehr das Beispiel der Kurden. Es ist daher immer wieder verdienstvoll, wenn eine Zeitschrift beziehungsweise ein Autor versucht, ein solches Drama seinen Lesern bewusst zu machen.

Heft 4 der österreichischen sozialistischen Halbmonatsschrift *«Die Zukunft»* enthält nun einen Beitrag mit der Überschrift *«Kurdistan: Völkermord am Fließband»*. Als Autor zeichnet Observer. Er leitet seinen Beitrag mit einem Zitat Nehrus ein: *«Es ist unmöglich, die kurdische Revolution für immer zu unterdrücken, da sie für Rechte kämpft und bereit ist, jeden Preis dafür zu bezahlen.»* Dann geht er kurz auf die neuere Geschichte Kurdistans ein. Er schildert die diversen Wortbrüche und brutalen Mordfeldzüge der Türken, der Briten, der Iraner und Iraker. Bei einigen grösseren Aufständen der Kurden in den Jahren zwischen 1930 und 1940 in der Türkei fielen einige tausend kurdische Männer mit der Waffe in der Hand. *«Darüber hinaus aber wurden durch die türkische Luftwaffe, die Armee und die Polizei mehr als hunderttausend Frauen, Kinder und Greise getötet. Mehr als 2000 Dörfer wurden vollkommen niedergebrannt.»* Die Situation der Kurden in der Türkei hat sich auch in neuerer Zeit nicht viel verändert, sie werden heute einfach als *«Bergtürken»* bezeichnet. Im Jahre 1960 wurden mehr als 300 kurdische Studenten, Lehrer und Beamte verhaftet, nur weil sie sich als Kurden bezeichnet hatten. Das Zentrum der kurdischen Freiheitsbestrebungen bildet zur Zeit der Irak. *«Im Rahmen der letzten Kriegshandlungen wurde mehr als eine Viertelmillion Kurden (überwiegend Frauen und Kinder) obdachlos. Sie müssen jetzt in den Höhlen von Irakisch-Kurdistan vor Bombenangriffen*